

Senatsbeschlüsse

über die 131. Sitzung des Senats

am 05.12.2017, 11:15 Uhr

3225.) "Bearbeitungsstau bei Katasteranfragen?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 11)
(Vorlage 1731/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1731/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

- In der Antwort auf Frage 1 wird im letzten Satz des ersten Absatzes das Wort „Ausfälle“ durch „Störungen“ ersetzt.
- In der Antwort auf Frage 2 heißt es am Ende des ersten Satzes „blieben unbeantwortet“ anstatt „unbeantwortet blieben“.

3227.) "Sozialversicherungsprüfung bei der Musikschule Bremen"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - S 01)
(Vorlage 1736/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Kultur vom 20.11.2017)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Kultur vom 20. November 2017 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3228.) "Wann kann der Zucker e.V. endlich in den Bunker einziehen"
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - S 02)
(Vorlage 1729/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1729/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3229.) "Nette Toilette" – ein diskriminierungsfreies Angebot für alle Menschen?"
(Anfrage der Fraktion der SPD - S 03)
(Vorlage 1717/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1717/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3230.) "Vorschüsse an Akademie Kannenberg"
(Anfrage der Gruppe BÜRGER IN WUT - S 04)
(Vorlage 1724/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 05.12.2017)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 5. Dezember 2017 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe BÜRGER IN WUT für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 3 wird „15 Jugendhilfeträger“ in „16 Jugendhilfeträger“ geändert.

- 3231.) "Ein zusätzlicher Rettungswagen für die Feuerwache zwei?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 07)
(Vorlage 1735/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1735/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3232.) "Stopp der Jugendgewalt"
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 08)
(Vorlage 1739/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 04.12.2017)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 4. Dezember 2017 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3233.) "Abschluss der Umbauarbeiten an der offenen Ganztageschule Delfter Straße"
(Anfrage der Fraktion der SPD - S 09)
(Vorlage 1740/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1740/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 2 wird im zweiten Absatz der zweite und dritte Satz ersatzlos gestrichen.

- 3234.) "Dürfen private Sicherheitsdienste Bodycams im öffentlichen Raum tragen?"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - S 10)
(Vorlage 1741/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1741/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Der letzte Satz der Antwort auf Frage 2 wird ersatzlos gestrichen.

- 3236.) "Zustand des Areals der Sportanlage Im Löh"
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 12)
(Vorlage 1742/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 04.12.2017)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 4. Dezember 2017 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3237.) "Streuobstwiesen statt Wohnungsbau?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 13)
(Tischvorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 30.11.2017 und Neufassung der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 05.12.2017)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 5. Dezember 2017 der mündlichen Antwort auf die Anfrage

der Fraktion der CDU für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Im letzten Satz des ersten Absatzes der Antwort auf Frage 3 wird das Wort „beschlossen“ in „vorgestellt“ geändert.

3238.) "Verfahrenseinstellungen durch die Staatsanwaltschaft"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - L 01)
(Vorlage 1721/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1721/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe BÜRGER IN WUT für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

3239.) "Obdachlose im Land Bremen"
(Anfrage der Gruppe BÜRGER IN WUT - L 02)
(Vorlage 1725/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1725/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe BÜRGER IN WUT für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3240.) "Weiterbildung zum Erzieher – Fachkräftemangel durch Weiterbildung von Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger auch in privaten Einrichtungen mildern"
(Anfrage der Fraktion der FDP - L 03)
(Tischvorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 01.12.2017)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 1. Dezember 2017 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3241.) "Arbeitsplatzsicherung nach der Exzellenzförderung"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 05)
(Vorlage 1737/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 04.12.2017)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 4. Dezember 2017 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3242.) "Übergangswohnheime im Bremer Westen für studentisches Wohnen umnutzen?"
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - L 06)
(Vorlage 1732/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 05.12.2017)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 5. Dezember 2017 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3243.) "Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften an Schulen in sozialen Brennpunkten in Bremen und Bremerhaven"
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - L 07)
(Tischvorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 30.11.2017)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 30. November 2017 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3244.) "Was kostet Bremen der Streit mit der DFL?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 09)
(Tischvorlage des Senators für Inneres vom 30.11.2017 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 04.12.2017)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 4. Dezember 2017 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3245.) "Unbearbeitete Aktenberge bei der Polizei Bremen"
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 10)
(Tischvorlage des Senators für Inneres vom 30.11.2017)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 30. November 2017 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderungen:

In der Antwort auf die Fragen 1 und 2 wird im ersten Satz der Halbsatz nach dem Wort „Körperverletzung,...“ wie folgt gefasst:

„...befanden sich zum Abschluss des dritten Quartals 2017 innerhalb der Direktion Kriminalpolizei / Landeskriminalamt insgesamt etwa 10.000 Vorgänge in Bearbeitung.“

3246.) "Regeln für die Einstellung von Landesbeamten"
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - L 11)
(Vorlage 1726/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1726/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 2 wird der zweite Satz ersatzlos gestrichen und im darauffolgenden Satz nach dem Wort „Einstellungspolitik“ die Wörter „an der Vielfalt“ ergänzt.

3247.) "Neue synthetische Drogen in Bremen"
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - L 12)
(Vorlage 1716/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1716/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

3248.) "Digital Hub Initiative des Bundes"
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 14)
(Vorlage 1730/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1730/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderungen:

- In der Antwort auf Frage 1 wird der zweite Satz im zweiten Absatz wie folgt eingeleitet:

„Dass an der Schnittstelle von Wirtschaft und Wissenschaft Innovation entsteht, kann beobachtet werden, wie z.B....“

- In der Antwort auf Frage 2 werden im ersten Satz die Wörter „eines die“ durch „einer“ ersetzt.

- Die Antwort auf Frage 3 wird wie folgt neu gefasst:

„Der Bürgermeister hat im Rahmen der angesprochenen Veranstaltung die Vielzahl der Aktivitäten des Senats zur Einwerbung von Mitteln betont, dabei aber auch darauf hingewiesen, dass in wenigen Fällen nicht alle Bewerbungen von Erfolg gekrönt sein können, oder wie im Falle Digital Hub, Bewerbungen aus guten Gründen nicht verfolgt werden.“

- 3249.) "Umgang mit wohnungslosen Wiederholungstätern"
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - L 16)
(Vorlage 1733/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1733/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3250.) "Unschuldig in Haft – sind die Haftentschädigungen und
Rehabilitationsmaßnahmen noch zeitgemäß"
(Anfrage der Fraktion der FDP - L 17)
(Vorlage 1722/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1722/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3251.) "Öffentlichkeitsfahndungen der Polizei – zweiter Versuch!"
(Anfrage der Gruppe BÜRGER IN WUT - L 18)
(Vorlage 1738/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1738/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe BÜRGER IN WUT für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3252.) "Gibt es in Bremen Anzeigen wegen Verletzung der Unterhaltspflicht?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 19)
(Tischvorlage des Senators für Justiz und Verfassung vom 01.12.2017)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Justiz und Verfassung vom 1. Dezember 2017 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3253.) "Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Telefonkosten in der JVA"
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - L 20)
(Tischvorlage des Senators für Justiz und Verfassung vom 01.12.2017)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Justiz und Verfassung vom 1. Dezember 2017 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3254.) "Neue Ausbildungsverträge 2017 im Land Bremen"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 21)
(Tischvorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 01.12.2017)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 1. Dezember 2017 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

3255.) Benennung der Vertreterinnen und Vertreter des Senats für die Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 5. bis 7.12.2017

Beschluss:

Der Senat benennt für die Sitzung der Stadtbürgerschaft am 5. Dezember 2017 Frau Senatorin Stahmann und Herrn Senator Dr. Lohse sowie für die Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) am 6. Dezember 2017 vormittags Herrn Bürgermeister Dr. Sieling und Frau Bürgermeisterin Linnert und nachmittags Frau Senatorin Dr. Bogedan und Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt sowie am 7. Dezember 2017 vormittags Frau Bürgermeisterin Linnert und nachmittags Frau Bürgermeisterin Linnert und Herrn Senator Dr. Lohse zu seinen allgemeinen Vertreterinnen und Vertretern.

3256.) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Senats am 28.11.2017

Beschluss:

Der Senat genehmigt die Niederschrift über seine Sitzung am 28. November 2017.

3257.) EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020:
Virtual Product House im EcoMaT:
Startprojekt Multifunktionale äußere Steuerungsfläche
(Vorlage 1718/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1718/19 der Förderung der Maßnahme „Virtual Product House im EcoMaT: Startprojekt Multifunktionale äußere Steuerungsfläche“ zu und beschließt die Umsetzung mit einem Mittelvolumen von bis zu 2.440.000 €.
2. Der Senat beschließt, entsprechend des Beschlusses des Senats vom 29.09.15 (Aufstellung der Haushalte 2016 und 2017 sowie der Planung

2018 bis 2020, Eckwertebeschluss 2016/ 2017), die sich aus der Finanzierung der Maßnahme „Virtual Product House im EcoMaT: Startprojekt Multifunktionale äußere Steuerungsfläche“ ergebenden Vorbelastungen für künftige Haushaltsjahre i.H.v. insgesamt 2.440.000 €.

3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

3258.) Ansiedlung eines DLR Institutes "Schutz von maritimen Infrastrukturen"
Hier: Herrichtung von Räumlichkeiten im Gebäude des BioNord in Bremerhaven sowie Finanzierung der Aufbauphase
(Vorlage 1719/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1719/19 der Bereitstellung von Mitteln für die Herrichtung von Räumlichkeiten für das neu gegründete DLR Institut „Schutz von maritimen Infrastrukturen“ im Gebäude des BioNord in Bremerhaven in Höhe von 1 Mio. € sowie für die Finanzierung des laufenden Betriebs 2018-2019 in Höhe von jeweils 450.000 € zu.
2. Der Senat stimmt dem Eingehen von Verpflichtungsermächtigungen für die Herrichtung von Räumlichkeiten im Gebäudes des BioNord in Bremerhaven in Höhe von 1 Mio. € sowie für die Finanzierung des laufenden Betriebs in Höhe von 450.000 € und der damit verbundenen Vorbelastung der zukünftigen Haushalte zu.
3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die haushaltsrechtliche Absicherung der Maßnahmen durch Beschlüsse der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und des Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen.

4. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „D.1.3“ im dritten Absatz der zweite Satz inklusive Klammerzusatz wie folgt geändert wird:

„Das DLR geht davon aus, dass bis zum Jahr 2021 schrittweise 34 Arbeitsplätze geschaffen werden, davon 23 Büroarbeitsplätze und 11 Laborarbeitsplätze. Diese teilen sich auf in 29 Vollzeitäquivalente und 5 studentische Hilfskräfte. Die 5 studentischen Hilfskräfte entsprechen 4 Vollzeitäquivalenten.“

3259.) Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP) – Fortsetzung der Förderungen ab 2018
(Vorlage 1720/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1720/19 die geplanten Fortsetzungen der Projekte im Rahmen des BAP ab 1. Januar 2018 zur Kenntnis.
2. Der Senat stimmt dem Eingehen von Verpflichtungen für die Jahre 2019 bis 2021 in Höhe von rd. 2.462.280,- € bei der Haushaltsstelle 0308.686 53-1 „EU-Zuschüsse ESF 2014-2020 (Programmmittel)“ zu.
3. Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen wird gebeten, über die Senatorin für Finanzen die Verpflichtungsermächtigung des Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen.

- 3260.) "Entgeltbasierte Finanzierung der Kindertagesbetreuung (z. B. Kita-Gutscheine) – eine Lösung für Bremens Kita-Versorgung?"
(Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD)
(Vorlage 1723/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1723/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD vom 06.09.2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 3261.) Vereinbarung über die Verlängerung des Sanierungsprogramms nach § 5 Stabilitätsratsgesetz
(Vorlage 1727/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1727/19 den von der Senatorin für Finanzen dargelegten Verhandlungsstand zur Verlängerung des Sanierungsprogramms zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die Verhandlungen auf dieser Grundlage abzuschließen und anschließend die Verwaltungsvereinbarung zur Verlängerung des Sanierungsprogramms nach § 5 Stabilitätsratsgesetz in der vom Stabilitätsrat am 11.12.2017 beschlossenen Fassung für die Jahre 2017-2020 zu unterzeichnen.

- 3262.) Qualität und Aussagefähigkeit flüchtlingsbezogener Daten im SGB II und SGB XII zur Messung der Auswirkungen des Flüchtlingszugangs auf die Regelleistungssysteme
(Vorlage 1728/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1728/19 den Bericht zur Aussagefähigkeit der Daten für den Bereich SGB II zur Kenntnis.
2. Der Senat nimmt den Sachstand zur Umsetzung der Erfassung des Aufenthaltsstatus im SGB XII zur Kenntnis.

- 3263.) "Wen erreicht die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB)?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 1734/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1734/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:
 - Der zweite Satz unter „D. Finanzielle...“ wird durch den folgenden Satz ersetzt:

„Dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen liegen keine genderbezogenen Zahlen vor.“
 - Im ersten Satz der Antwort auf Frage 9 wird vor dem Wort „bewährt“ das Wort „grundsätzlich“ eingefügt sowie nach dem ersten Satz der folgende Text eingefügt:

„Allerdings ist die Zahl der geförderten Personen zurückgegangen. Dies ist möglicherweise u.a. in der steigenden Zahl Beschäftigter und

den steigenden Löhnen begründet, da sich der Anspruch auch an dem Einkommen des Antragstellers und seiner Eltern bemisst.“

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3264.) "30 Jahre Frauen bei der Polizei"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 1743/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 05.12.2017)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 5. Dezember 2017 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3265.) "Möglichkeiten, Zulässigkeit und Notwendigkeit einer Landesausbildungsumlage im Land Bremen"
(Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 1744/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1744/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 20.09.2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis mit der Maßgabe folgender Änderung:

Der zweite Absatz der Vorbemerkungen erhält die folgende Fassung:

„In diesem Sinne haben sie auch bei Unterzeichnung der Bremer Vereinbarung im März 2014 die Entwicklung einer Jugendberufsagentur und die Ausbildungsgarantie begrüßt.“

3266.) Genehmigungen von Großraum- und Schwerlasttransporten
(Vorlage 1745/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zum erwarteten Anstieg der genehmigten Großraum- und Schwerlasttransporte um weitere 10 Tsd. Fälle bis Ende 2019 und zur Sicherstellung des Bearbeitungsziels von zwei Wochen zur Kenntnis.
2. Der Senat stimmt zu, dass zur Abarbeitung der zusätzlichen erwarteten Fälle drei Stellen durch die zusätzlichen Erträge refinanziert werden.
3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass der letzte Satz des ersten Absatzes unter „D. Finanzielle...“ ersatzlos gestrichen wird.